



Der Arbeitsmarkt in der schwersten Rezession der Nachkriegsgeschichte

Enzo Weber, Anja Bauer, Johann Fuchs, Markus Hummel, Christian Hutter, Susanne Wanger, Gerd Zika

Die Ausbreitung des Corona-Virus versetzte Wirtschaft und Arbeitsmarkt innerhalb kürzester Zeit in den Ausnahmezustand. Zum Fortgang der Eindämmungsmaßnahmen haben Bund und Länder nach Ostern erste Entscheidungen getroffen. Hier legt das IAB eine aktuelle Vorausschau auf die weitere Entwicklung vor.

Die deutsche Wirtschaft stürzt in die schwerste [Rezession](#) der Nachkriegsgeschichte. Die Wirtschaftsbereiche des öffentlichen Lebens wurden, wie in vielen anderen Ländern, im Zuge des sogenannten Shutdowns weitgehend geschlossen. Ein Großteil der Industrie leidet unter einem gravierenden Einbruch der Nachfrage im In- und Ausland sowie Störungen der Lieferketten. Auch viele Dienstleistungen werden krisenbedingt nicht oder deutlich weniger in Anspruch genommen. Außerdem kommt es zu Arbeitsausfällen, etwa weil Schulen und Kindertagesstätten geschlossen sind und berufstätige Eltern ihre Kinder nun selbst betreuen müssen. Es kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass die Situation in

der Weltwirtschaft zu einer systemischen Krise eskaliert. Ein solcher Fall wird in der vorliegenden Vorausschau aber nicht betrachtet.

Die Annahmen über die weitere Entwicklung sind mit hoher Unsicherheit behaftet

Die Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen ist weiterhin immens. Einschätzungen zur Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt können daher nur unter Annahmen getroffen werden, die mit hoher Unsicherheit behaftet sind. Ein wichtiger Anhaltspunkt ist das Abstimmungsergebnis von Bund und Ländern vom 15. April dieses Jahres über den Fortbestand und die Lockerung unterschiedlicher Schließungsmaßnahmen.

Wir gehen in dieser Vorausschau von einem seit Mitte März anhaltenden, nahezu vollkommenen Ausfall der Wirtschaftstätigkeit in den Bereichen Gastgewerbe, Messen, stationärer Handel (ohne Lebensmittel, Kraftstoffe und Apotheken sowie ohne Berücksichtigung bundeslandspezifischer Sonderregeln), Kultur, Unterhaltung, Erholung, Tourismus, Erziehung und Unterricht, Kinos, Bäder, Friseure und ähnlichem aus. Zudem wird ein Stillstand für große Teile des Verkehrs- und Lagereisektors (zum Beispiel im Personenflugverkehr) sowie ein vorübergehender Produktionsstopp in der Automobilindustrie angenommen. Neben dem direkten Ausfall der Bruttowertschöpfung wird ein entsprechender Ausfall der Güter- und Dienstleistungsnachfrage dieser Branchen in anderen inländischen Wirtschaftsbereichen berücksichtigt.

Positive Effekte treten dagegen für Supermärkte, Apotheken, Digitalangebote und Zustelldienste auf, die aber vergleichsweise begrenzt bleiben. Ähnliches gilt für die Produktion bestimmter medizinischer Güter wie Schutzkleidung, Desinfektionsmittel oder Beatmungsgeräte.

Entscheidend ist nicht nur die erste Phase der Eindämmungsmaßnahmen, sondern auch deren weiterer Verlauf. Wir treffen für die vorliegende Vorausschau die Grundannahme, dass die Öffnung Schritt für Schritt bis zum Jahresende erfolgt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Ausbreitung des Virus dadurch hinreichend unter Kontrolle gehalten werden kann, um neuerliche Eindämmungsmaßnahmen zu vermeiden, aber Auflagen wie das Abstandsgebot fortbestehen. Entsprechend der Bund-Länder-Vereinbarung vom 15. April dieses Jahres wird für große Teile des Einzelhandels, den Kfz-Handel und das Friseurgewerbe ein wesentlicher Öffnungsschritt Ende April/Anfang Mai berücksichtigt. Der Produktionsstopp in der Automobilindustrie wird bis Mitte Mai zurückgefahren. Einzelne Bereiche wie

Quelle:

<https://www.iab-forum.de/der-arbeitsmarkt-in-der-schwersten-rezession-der-nachkriegsgeschichte/> | 2

Großveranstaltungen können allerdings auch zum Jahresende noch stark eingeschränkt sein.

In vielen Bereichen wie dem Einzelhandel könnte es nach der Wiederöffnung Nachholeffekte geben, wenn auch nicht vollumfänglich. Derartige positive Effekte wurden hier aber nicht angenommen. Es geht also nur um eine schrittweise Normalisierung der Wirtschaftstätigkeit in den von Eindämmungsmaßnahmen betroffenen Bereichen. Das ist eine vorsichtige Annahme, die auch vor dem Hintergrund breiter Einkommensrückgänge getroffen wird.

Deutliche Rückgänge bei Handel und Investitionen

Die Investitionstätigkeit wird sowohl aufgrund der extrem hohen Unsicherheit als auch aufgrund der einbrechenden Kapazitätsauslastung stark zurückgehen. Hier orientieren wir uns an der Finanzkrise der Jahre 2008/2009, in der die Ausrüstungsinvestitionen um 20,7 Prozent und die Bauinvestitionen um 3,5 Prozent gesunken waren. Wir gehen davon aus, dass es in der zweiten Jahreshälfte ein staatliches Konjunkturprogramm im Umfang von einigen Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) geben wird, das verhindert, dass der Investitionsrückgang trotz der größeren Dimension der Krise noch höher ausfällt als 2009.

Der globale Konjunkturunbruch hat drastische Konsequenzen für den Welthandel. Während China bereits wieder Produktion und Handel hochfährt, steht der Höhepunkt der Krise in den USA erst noch bevor. Europa verorten wir zeitlich in etwa in der Mitte. Beim weltweiten Handelsvolumen gehen wir von einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel aus. Die Welthandelsorganisation hält in einem Negativszenario sogar Rückgänge um mehr als 30 Prozent für möglich. Die deutschen Exporte werden dabei stärker sinken als die Importe, wodurch der Außenbeitrag deutlich zurückgeht.

Unter diesen Voraussetzungen erwarten wir für das Jahr 2020 in Deutschland eine Schrumpfung des realen BIP von 8,4 Prozent (mit einem Kalendereffekt von +0,4 Prozentpunkten aufgrund der höheren Zahl an Arbeitstagen). Der Einbruch im zweiten Quartal liegt bei 14,6 Prozent. In der Folge kommt eine Erholung in Gang, das BIP im zweiten Halbjahr 2020 liegt aber immer noch um 6,8 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Die Werte fallen deutlich drastischer aus als in den Frühjahrsprognosen vom März dieses Jahres, als etliche Informationen, etwa zum Fortgang der Eindämmungsmaßnahmen, zum Produktionsstopp in der Automobilindustrie, zur Aussetzung der Vermögensprüfung in der Grundsicherung und zu vielen internationalen Entwicklungen, noch nicht verfügbar waren. Diese Prognosen gingen noch davon aus, dass der Wirtschaftseinbruch kürzer und weniger heftig ausfallen würde. Bei entsprechenden Annahmen für das Ausland waren damit auch weniger negative außenwirtschaftliche Erwartungen verbunden. Der Rückgang der

Quelle:

<https://www.iab-forum.de/der-arbeitsmarkt-in-der-schwersten-rezession-der-nachkriegsgeschichte/> | 3

Investitionen fiel ebenfalls weniger drastisch aus.

Es ist derzeit nicht auszuschließen, dass sich die globale Rezession zu einer systemischen Krise auswächst. Dabei würden immense und langanhaltende Schäden in der Real- und Finanzwirtschaft entstehen. Ausmaß und Wirkungsweise einer solchen Krise sind unvorhersehbar und werden durch die vorliegende Vorausschau nicht abgedeckt.

Ein günstigerer Verlauf als in der Vorausschau würde sich dagegen ergeben, wenn sich eine relativ zügige Öffnung der Wirtschaft – auch weltweit – mit angemessenen Regeln für den Gesundheitsschutz als gangbarer Weg herausstellt und sich das wirtschaftliche Klima entsprechend wieder verbessert. Dies wäre auch der Fall, sollten unerwartet schnell ein Impfstoff oder effektive Behandlungsmethoden bereitstehen.

Der Arbeitsmarkt gerät massiv unter Druck

Der plötzliche und gravierende Einbruch der Wirtschaftsleistung setzt den Arbeitsmarkt massiv unter Druck. Dabei sind viele verschiedene Branchen von den Auswirkungen betroffen. Entscheidend für die weitere Entwicklung ist, inwieweit der Arbeitsmarkt diesem immensen Druck standhalten kann. Die umfassenden politischen Stützungsmaßnahmen für Betriebe und Beschäftigung sind dafür unverzichtbar.

Seit der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 zeigte sich, dass die Erwerbstätigkeit in Deutschland deutlich robuster gegenüber konjunkturellen Schwankungen reagierte als in früheren Zeiten. Gerade angesichts der gestiegenen Knappheit am Arbeitsmarkt scheuten viele Betriebe auch in konjunkturellen Schwächephase davor zurück, Personal abzubauen. Ein solches Arbeitskräftehorten tritt typischerweise gerade bei vorübergehenden und externen Schocks auf. Wesentlich unterstützt wird eine solche Strategie durch die deutlich erleichterte Kurzarbeit. Insofern ist davon auszugehen, dass der Arbeitsmarkt nicht im selben Maße einbrechen wird wie die Konjunktur.

Dennoch ist mit deutlichen Verschlechterungen bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dies liegt zunächst an der enormen Wucht des wirtschaftlichen Schocks. Neu sind vor allem die unmittelbaren Ausfälle von Wirtschaftstätigkeit gerade in Bereichen, die üblicherweise weniger von Konjunkturschwankungen betroffen sind. Insbesondere bei eher kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen, Einfacharbeitsplätzen und Minijobs, die in vielen der vom „Shutdown“ betroffenen Bereichen stark vertreten sind, ist ein Arbeitskräftehorten weniger wahrscheinlich. Auch in der Zeitarbeit, die häufig als Puffer für konjunkturelle Schwankungen dient, ist mit einem starken Einbruch zu rechnen. Schließlich dürften sich die Unternehmen mit Neueinstellungen zunächst sehr zurückhalten.

Quelle:

<https://www.iab-forum.de/der-arbeitsmarkt-in-der-schwersten-rezession-der-nachkriegsgeschichte/> | 4

Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit spielt eine Rolle, dass der Zugang zur Grundsicherung durch die Aussetzung der Vermögensprüfung deutlich erleichtert wurde. Für die Beschäftigungsentwicklung sind auch Beschränkungen des [Arbeitskräfteangebots](#) durch ausbleibende Migration etwa von Erntehelfern und Pflegekräften relevant.

Insgesamt wird die Zahl der [Erwerbstätigen](#) der Vorausschau zufolge in den kommenden Monaten um rund eine Million Personen sinken. Darunter sind auch etliche hunderttausend Minijobber, die nicht von der Kurzarbeitsregelung profitieren und ähnlich zum Anstieg der Kurzarbeit bei sozialversicherungspflichtigen Jobs zurückgehen. Im Zuge der angenommenen schrittweisen Normalisierung der Wirtschaftstätigkeit macht die Erwerbstätigkeit im späteren Jahresverlauf wieder mehr als die Hälfte der vorherigen Rückgänge wett. Im Jahresdurchschnitt 2020 ergibt sich ein Minus von 470.000 Personen. Neben der Erholung spielt dabei eine Rolle, dass im Februar dieses Jahres ein sehr hoher Ausgangswert erreicht war.

Die Zahl der [Arbeitslosen](#) wird auf Basis der Vorausschau in den nächsten Monaten auf über drei Millionen steigen. Im Zuge der angenommenen Normalisierung der Wirtschaftstätigkeit macht sie im Verlauf der zweiten Jahreshälfte wieder gut die Hälfte des vorherigen Anstiegs wett. Für den Jahresdurchschnitt 2020 ergibt sich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 520.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr.

Dabei ist auch relevant, dass momentan Übergänge von Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Fortbildungskurse, die üblicherweise bei rund 150.000 pro Monat liegen, nur eingeschränkt stattfinden. Entsprechend mehr Personen verbleiben demnach im Arbeitslosenstatus. Ab der Jahresmitte gehen wir hier von einer schrittweisen Normalisierung aus. Zudem ist es möglich, dass anderweitige Abgangsursachen wie kurzfristige Arbeitsunfähigkeitsmeldungen von Arbeitslosen derzeit nicht wie gewohnt bearbeitet werden können. Dies kann die Arbeitslosigkeit vorübergehend um mehrere 10.000 Personen erhöhen. Rechnet man diese Effekte in unserer Vorausschau heraus, läge die Zunahme der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt um 130.000 niedriger.

Das Arbeitsvolumen wird drastisch zurückgehen

Zu erwarten ist ein drastischer Rückgang der Arbeitszeit, etwa durch erhöhten Krankenstand, Quarantänemaßnahmen, die vorübergehende Schließung von Einrichtungen, Kurzarbeit sowie den Abbau von Arbeitszeitkonten und Überstunden als Reaktion auf schwächere Nachfrage, Lieferausfälle oder Schul- und Kita-Schließungen. Diese Arbeitszeitreduktionen schmälern zwar die Wirtschaftsleistung, tragen aber letztlich zur Beschäftigungssicherung

bei. Gleiches gilt für sinkende [Arbeitsproduktivität](#) infolge geringerer Kapazitätsauslastung.

Bis zum 22. April dieses Jahres haben rund 718.000 Betriebe, und damit jeder dritte Betrieb in Deutschland, Kurzarbeit angemeldet. Die Anzeigen kommen aus nahezu allen Branchen, angeführt von Betrieben aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie dem Handel. Mit der Lockerung der Schließungsmaßnahmen dürfte sich die Lage in einigen Bereichen wieder entspannen.

Einen ersten Anhaltspunkt, wie viele Personen hinter den Anträgen stehen könnten, gibt die Kurzarbeiterstatistik. Dabei muss berücksichtigt werden, dass weder alle angezeigten Anträge realisiert werden, noch bekannt ist, welche Mitarbeiterzahl sich in den betroffenen Betrieben auch tatsächlich in Kurzarbeit befindet.

Wir gehen davon aus, dass die Betriebe angesichts eines deutlich höheren Anteils der Anzeigen als in der großen Rezession 2009 tatsächlich auch Kurzarbeit durchführen. Die Anzeigen dieser Betriebe werden je nach Branchen mit der Zahl der betroffenen Personen pro Fall aus der Vergangenheit gewichtet. Da in der Corona-Krise verstärkt auch Kleinbetriebe von der Kurzarbeit Gebrauch machen, gewichten wir bei starken Abweichungen von der durchschnittlichen Betriebsgröße mit den branchenspezifischen durchschnittlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Betrieb. Dementsprechend gehen wir davon aus, dass die durchschnittliche Anzahl der je Betrieb abgerechneten Fälle an Kurzarbeit niedriger liegt als in der großen Rezession 2009.

Verschiedene Befragungen geben einen ersten Einblick in die derzeitige Nutzung der Kurzarbeiterregelungen. Eine aktuelle [Befragung](#) der Universität Mannheim gibt unter anderem Aufschluss über den Anteil der Erwerbstätigen in Kurzarbeit. Demnach ist dieser von Ende März bis Mitte April dieses Jahres von 3,4 Prozent auf 10,8 Prozent gestiegen. Das würde ungefähr fünf Millionen Kurzarbeitern Mitte April entsprechen.

Einer Umfrage der deutschen Metall- und Elektroindustrie zufolge befanden sich in der ersten Aprilwoche bereits etwa 1,2 Millionen der insgesamt vier Millionen Branchenbeschäftigten wegen der Corona-Krise in Kurzarbeit. Bis Ende April erwartet die Branche rund 2,2 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Zugleich ist der Arbeitsausfall für die Betroffenen mit durchschnittlich zwei Drittel der Normalarbeitszeit größer als zum Beispiel in der Finanzkrise. Eine Befragung der Hans-Böckler-Stiftung beziffert die Zahl der Kurzarbeiter in der ersten Aprilhälfte mit circa 4 Millionen Beschäftigten. Insgesamt erwarten wir im Jahresdurchschnitt 2,5 Millionen Kurzarbeiter.

Die Kurzarbeit wird weit stärker zunehmen als die Arbeitslosigkeit. Während dies mit

umfangreichen Arbeitsausfällen verbunden ist, signalisiert es zugleich eine starke Bereitschaft vieler Betriebe, ihre Arbeitskräfte zu halten. Gemessen an der Größe des wirtschaftlichen Schocks dürfte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktzahlen daher noch vergleichsweise in Grenzen halten.

Entscheidend wird sein, dauerhafte Schäden zu vermeiden. Neben den Maßnahmen zum Erhalt von Betrieben und Jobs kommt es daher darauf an, die Arbeitslosigkeit zügig wieder abzubauen und einer ansonsten drohenden Verfestigung entgegenzuwirken.

Literatur

Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Hutter, Christian; Klinger, Sabine; Vallé, Jennifer; Weber, Enzo; Zapf, Ines; Zika, Gerd (2012): [IAB-Prognose 2012/2013: Neue Herausforderungen für den deutschen Arbeitsmarkt](#). IAB-Kurzbericht Nr. 14.

German Internet [Panel](#) (GIP) (2020): [Mannheimer Corona-Studie](#), Abrufdatum: 15. April 2020

Gesamtmetall (2020): [Pressemitteilung von Gesamtmetall vom 13.04.2020](#)

Klinger, Sabine; Weber, Enzo (2019): [GDP-Employment Decoupling in Germany. Structural Change and Economic Dynamics](#), 52, S. 82-98. Ökonomenstimme

World Trade Organisation (2020): [Trade set to plunge as COVID-19 pandemic upends global economy](#), Pressemitteilung vom 08.04.2020

Hans-Böckler-Stiftung (2020): [Neue Umfrage Corona-Krise: 14 Prozent in Kurzarbeit – 40 Prozent können finanziell maximal drei Monate durchhalten – Pandemie vergrößert Ungleichheiten](#), Pressedienst vom 21.04.2020,